

# Ansprache

des

Dr. Dedekind

an alle guten Patrioten seines engeren und auch des ganzen  
großen deutschen Vaterlandes,

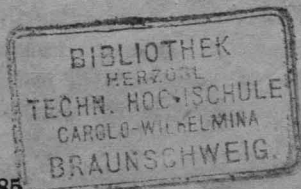
die Thronfolge im Herzogtume Braunschweig  
betreffend,

bei ihm in seiner Villa „Nec aspera terrent“ bei Wolfenbüttel  
sowie in jeder Buchhandlung zu bekommen.

Auch ist seine größere Abhandlung über dieselbe Frage  
in 9. Auflage bei obigen Bezugsquellen zu haben.

19. Auflage.

Wolfenbüttel im April 1885.



Druck von Julius Zwißler in Wolfenbüttel.

An

den Hrn. Gemeindevorsteher oder sonst gute Patrioten

zu

---

Nach meiner, auf guter Grundlage beruhenden, festen Überzeugung ist es Seiner Königlich hohen, des Herzogs von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg vollster Ernst, als Nachfolger in der Regierung des hochseligen Herzogs Wilhelm seine Pflichten als Solcher in jeder Hinsicht treu zu erfüllen und seine Rechte festzuhalten.

Ich erlaube mir daher, zur richtigen Würdigung der hier entscheidenden wahren Rechts- und Sachlage die anliegenden mir von auswärts zugegangenen beiden gebiegenen Ausführungen als Anlage I und II Ihnen zur gefälligen eigenen Durchsicht und zur möglichsten Weiterverbreitung im Kreise Ihrer Bekannten, namentlich Ihrer Gemeinde, mitzutheilen.

Bis jetzt scheint sich noch kein anderer deutscher, nicht regierender Prinz gefunden zu haben, der sich die Krone des unzweifelhaft legitimen Nachfolgers des hochseligen Herzogs Wilhelm von Braunschweig des Herzogs Ernst August von Gottes Gnaden auf das Haupt drücken lassen möchte, so daß man immer gespannter darauf wird, ob nicht doch etwa ein preussischer Prinz sich dazu bereit finden sollte, solche Krone aus weniger legitimen Händen anzunehmen, ungeachtet der Worte des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, welche dieser unterm 18. März 1849 an Ernst Moritz Arndt schrieb (vergl. von Hobenberg Briefe III. 72.):

„Ist die Geburt des gräßlich kreisenden 1848. Jahres eine Krone? Das Ding, von dem wir reden, trägt nicht das Zeichen des heiligen Kreuzes, drückt nicht den Stempel „von Gottes Gnaden“ aufs Haupt, ist keine Krone. Es ist das eiserne Halsband einer Knechtschaft, durch welches der Sohn von 24 Regenten, Kurfürsten und Königen, das

„Haupt von 16 Millionen, der Herr des treuesten und tapfersten Heeres der Welt der Revolution zum Leibeigenen gemacht würde und das sei ferne.

„So lange also im Zentrum zu Frankfurt die deutschen Obrigkeiten keine Stätte haben, nicht obenan im Räte sitzen, welcher der Zukunft Deutschlands eine Zukunft zu geben berufen ist, so lange steht dieses Zentrum unter dem Spiegel des Revolutionsstroms und treibt mit ihm, so lange hat es nichts zu bieten, was reine Hände berühren dürfen. Als deutscher Mann und Fürst, dessen „Ja“ ein Ja vollkräftig, dessen „Nein“ ein Nein bedächtig, gehe ich in nichts ein, was mein herrliches Vaterland verkleinert und dasselbe dem gerechten Spotte seiner Nachbarn, dem Gerichte der Weltgeschichte Preis giebt, nehme nichts an, was meinen angeborenen Pflichten nicht ebenbürtig ist, oder ihnen hindernd entgegentritt. Dixi et salvavi animam meam!“

Bei dieser Lage der Sache könnte es wohl selbst den Anschein gewinnen, als ob man, möglicherweise unter der feineren Verwaltung unseres Herzogtums durch einen Regentschaftsrat, auf die demnächstige Konstituierung eines kleinen Reichslandes oder auch einer Duodezrepublik hinsteuerte, welches Ländchen dann leicht mit der Zeit in einen größeren Staat als dessen Provinz übergehen könnte.

Dagegen muß man aber als verfassungstreuer Braunschweiger, eingedenk des von jedem volljährigen Landeseinwohner geleisteten Erbhuldigungseides, den auch selbst die Mitglieder des Regentschaftsrats geschworen haben:

„Ich schwöre Treue und Gehorsam dem durchlauchtigsten Landesfürsten und dessen Nachfolger an der Landesregierung aus dem durchlauchtigsten Hause Braunschweig, sowie Gehorsam den Gesetzen“

beim Vorhandensein eines legitimen Thronerben, des Herzogs Ernst August von Gottes Gnaden, welcher sich auch schon in seinem Patente vom 18. Oktober 1884 unter Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung dazu bereit erklärt hat, die Regierung unseres Landes anzutreten, auf das Entschiedenste protestieren, um die Selbständigkeit unseres Herzogtums zu erhalten.

Hochachtungsvoll und ergebenst

F. Dedekind, Dr.

Walsenbüttel, den 20. März 1885.

## Anlage I.

### Ein englisches Urtheil über die braunschweigische Angelegenheit.

Die Controverse zwischen dem Thronerben des Herzogthums Braunschweig und der preussischen Regierung ist augenscheinlich in eine Phase eingetreten, die für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen dem deutschen Reiche und den Einzelstaaten, welche dasselbe ausmachen, von erheblicher Bedeutung sein wird. Und ebenso ist es unverkennbar, daß auch die Publizisten und Politiker von preussischer Seite die Angelegenheit nicht mehr mit der Miene der ruhigen Überlegenheit betrachten, welche sie bei der Eröffnung der braunschweigischen Succession an den Tag legten. Von jedem Gesichtspunkte des Rechtes und des Gesetzes aus hat der Anspruch des Herzogs Ernst August von Cumberland als des Erben von Braunschweig sich ganz bedeutend von dem Augenblicke an verändert, wo er in bezug auf die braunschweigische Succession sich offen und frei auf die mit jedem anderen Fürsten des deutschen Reiches gemeinsame Basis stellte, also die Verfassung desselben und die für ihn daraus fließenden Verpflichtungen anerkannte und seinerseits dafür wieder die Anerkennung seiner Rechte verlangte. Der Sohn des entthronten Königs von Hannover durfte sich nicht hinablassen, auszusprechen, daß er die Zumutung, die Krone seines Vaters als verwirkt anzusehen, an sich kommen lassen wolle, und dem Hochgefühl eines jungen, selbstbewußten Fürsten darf es als ritterliche Sohnespflicht für seinen königlichen Vater erschienen sein, den rechtlichen Anspruch desselben auf die Krone Hannover unverkürzt und unverringert bis aufs Äußerste zu bewahren. Die Frage mag in den Augen mancher Staatspolitiker etwas dornig erschienen sein. Und es gab viele kluge Leute, die dem jungen Fürsten nahelegten, daß er durch die Weigerung, die Krone seines Vaters als verwirkt anzuerkennen, zugleich auch, ebenso wie es seinem Vater geschehen war, alle die Millionen des welfischen Privatvermögens sich unerreikbaar machte. Diese dienen ja freilich — notorischerweise — in den Händen der preussischen Eroberer, den sogenannten Reptilienfonds zu füllen zum Unterhalte derjenigen brauchbaren Individuen, welche der Fürst Bismarck lieber zahlt als nennt. Andererseits hatte das deutsche Reich zu rechnen mit dem Könige von Preußen, der die hannoverschen Länder im Jahre 1866 der preussischen Monarchie annektiert hatte; und die Weigerung des Erben des verstorbenen Königs, die Rechtsgültigkeit der Ereignisse von 1866 anzuerkennen, machte die Aktion Preußens ein-

sach und vormurfsfrei. Dagegen zeigt das letzte Circularschreiben, welches der Herzog von Cumberland an die Fürsten und freien Städte des deutschen Reiches erlassen hat, daß die Sachlage in betreff Braunschweigs absolut verschieden ist von derjenigen in betreff Hannovers. Der Herzog Ernst August hat in Braunschweig nicht die Rechte eines verstorbenen Königs und Vaters zu vertreten. Braunschweig ist nicht ein erobertes Land, nicht eine Dependenz oder ein Annex der Krone Preußen. Der verstorbene Herzog von Braunschweig war ein loyaler und verfassungsmäßiger Fürst des neuen Reiches. Sein Erbe nun tritt öffentlich auf als loyaler und verfassungsmäßiger Fürst desselben Reiches. Über die Frage der Thronfolge in Hannover haben die Waffen gewaltet. Der Erbe von Braunschweig dagegen legt Berufung ein an die Gesetze und die Verfassung des deutschen Staatenbundes, damit seine Thronfolge in dem Herzogtum als einem Gliede des Reiches, von dem der König von Preußen als Kaiser das Haupt, nicht jedoch der willkürliche Meister ist, gemäß dem fundamentalen Vertrage, auf welchem das Reich ruht, anerkannt werde. In dem letzten Rundschreiben des Herzogs geht seine Rücksicht für jede einzelne Bestimmung in der Reichsverfassung so weit, daß er ausdrücklich erklärt, nur darum unterlassen zu haben, dem Kaiser eine Abschrift seines Rundschreibens einzusenden, weil der Kaiser seine erste Notifikation nicht angenommen habe.

Gemäß dem Fundamentalvertrage des Reiches ist Braunschweig ebenso wie Bayern, wie Württemberg, wie Sachsen ein Mitglied des Reichsbundes, und das Erbfolgerecht seiner Herzöge ist ebenso legal und unantastbar, wie das Erbfolgerecht des Hauses Wittelsbach in Baiern und wie dasjenige des Hauses Hohenzollern in Preußen selbst. Als Thronerbe von Braunschweig erkennt der Herzog Ernst August alle Verpflichtungen an, die dem Herzogtum innerhalb der Reichsverfassung obliegen, und als Herzog von Braunschweig übernimmt er die Pflicht, sie zu erfüllen. Wer oder was innerhalb der Reichsverfassung steht seinem Rechte entgegen? Dürfen die preussischen Federn, welche behauptet haben, daß ein sonst legitimer Thronfolger illegitim und unfähig werde, wenn er sich weigere, seine Thronfolge innerhalb des Rahmens der Reichsverfassung anzutreten, — dürfen diese preussischen Federn nun behaupten, daß ein Thronfolger, welcher die Reichsverfassung anerkennt, bei dem Allen dennoch nicht zugelassen werden könne? Preußen hat freilich die Macht auf seiner Seite; aber es giebt doch Fragen, in denen die Erdrückung des Rechtes durch die Macht auch für die Inhaber der Macht höchst üble Folgen haben kann. Der Appell des Herzogs von Cumberland an die Fürsten und freien Städte des Reiches ruft diesen Allen in Erinnerung, daß das Recht des Thronerben von Braunschweig nur verneint werden kann vermöge eines Willens, sich über die Landesverfassung von Braunschweig hinwegzusetzen, und daß dieser Wille dieselbe Kraft haben würde gegen jede Landesverfassung eines jeden Einzelstaates im Reiche. Die preussischen Juristen erkennen allerdings schon an, daß bei dem Geltendmachen des Anspruches auf Braunschweig der

Herzog sich augenscheinlich mit Berathern umgeben habe, die mehr Geschick und Erfahrung in Gesetz und Verfassung besitzen als diejenigen, welche sich an früheren Kundgebungen von seiner Seite beteiligt haben. Immerhin mag dies sein; aber es folgt daraus nicht, daß die Wahl eines guten Anwaltes einer guten Sache Schaden bringt. Die Schwierigkeit liegt anderswo. Es war leicht, einen Anspruch abzuweisen, der sich außerhalb Eures Gesetzes stellte; aber wie wollt Ihr einen Anspruch abweisen, der von der Anerkennung Eures Gesetzes seinen Ausgangspunkt nimmt? Der Müller von Sanssouci konnte gegen den König von Preußen selbst an die Richter von Berlin Berufung einlegen. Heutzutage darf man doch bestreiten, daß Gesetz und Recht so tief hinabgekommen sein sollen, daß der Müller von Sanssouci übel berathen sein würde, wenn er in irgend einer Angelegenheit, über die eine richterliche Entscheidung möglich ist, es unterließe, sich an die Gerichtshöfe zu wenden.

Wir dürfen sicher sein, daß der Appell des Herzogs von Braunschweig, wie er nach der Verfassung des Reiches genannt werden sollte oder des Herzogs von Cumberland, wie es einmal hergebracht ist, ihn zu nennen, — daß dieser Appell das Gewissen und das Selbstbewußtsein gar manches der Fürsten, an die er gerichtet war, getroffen und erregt hat. Laßt einmal die Hand legen an das Erbfolgegesetz in irgend einem Lande des Reiches, und dann frage ich Euch, wo wollt Ihr einem solchen Eingreifen wieder Halt gebieten?

Neulich veröffentlichte ein offizielles Organ der preussischen Regierung eine Reihe von Briefen, um dadurch zu beweisen, daß während der Zeit zwischen Königgrätz und der Gründung des neuen Reiches die Anhänger des vertriebenen Königs von Hannover mit Hoffnung auf französische Hilfe ausschauten. Aber es gab doch auch andere Leute, die vorher schon ihre Augen auf den damaligen Kriegsherrn der französischen Regionen wandten. Ist es denn der Erinnerung entfallen, daß ein gewisser Herr v. Bismarck die Vorsicht hatte, sich nach Biarritz zu begeben, um in Person den Kaiser Napoleon zu befragen, bevor er die Reihe der Unternehmungen begann, welche darauf hinausliefen, den Ruhm des künftigen Fürst-Kanzlers des deutschen Reiches zu begründen? Die Frage, wie sie durch das Rundschreiben des Herzogs von Cumberland gestellt ist, betrifft nicht irgendwelchen Plan, den vor sechszehn, siebzehn Jahren irgend ein Hannoveraner für den Wiedergewinn der Selbstständigkeit seines Vaterlandes entworfen haben mag, sondern diese Frage betrifft die Reichsverfassung, die heute zu Recht besteht und verlangt, daß diese Reichsverfassung wie in Worten, so auch in der That das Recht des Einzelstaates schütze. Immerhin wäre es ein starkes Argument für eine Absetzung des Herzogs von Braunschweig, wenn der Beweis erbracht worden wäre, daß er als ein Verräter wider die Verpflichtungen seines Staates gehandelt hätte. Aber in einem solchen Falle müßte er doch wenigstens zuvor begonnen haben zu regieren, müßte doch zuvor begonnen haben, seine Verpflichtungen zu brechen. Die preussischen

Publizisten gehen von der Voraussetzung aus, daß ein Welfe auf dem Throne von Braunschweig der Mittelpunkt aller Intriguen wider das Reich sein würde. Aber die Anklage einer Intrigue wider das Reich muß durch Thatfachen und kann nicht durch Weissagungen bewiesen werden. Es giebt doch wahrlich schlimmere Intriganten wider das Reich als ein junger Fürst von Selbstbewußtsein und Hochgefühl, der sich verpflichtet, die kaiserliche Oberhoheit über Braunschweig anzuerkennen, obwohl er nicht sich hinablassen kann, das Gedächtnis seines Königs und Vaters in Hannover aus seinem Herzen zu reißen. Dieser schlimmere Feind ist die Socialdemokratie. Diese Partei, welche die fundamentalen Ideen des Eigentumsrechtes und der Erbfolge mit Füßen tritt, hat in Deutschland Fortschritte gemacht, die ungleich mehr zu fürchten sind, als irgendwelche Einbildungen von Intriguen der hannoverschen Partei. Und darum stelle ich die Frage: Wird die moralische Autorität des Reiches steigen gegenüber der sozialen Revolution, wenn dieses Reich auch nur den Schein auf sich ladet, die Anklage zu verdienen, daß es in Braunschweig die heiligsten Rechte des Eigentums und der Erbfolge niedertreten lasse?

## Anlage II.

Nachdem der Herzog von Cumberland durch sein Manifest seinen Willen, die ihm angefallene Thronfolge im Herzogtum Braunschweig anzutreten, erklärt hat, wird die Erbfolge in Braunschweig gleichwohl noch allgemein als schwebend angesehen. Man hat es sogar komisch gefunden, daß der Herzog von Cumberland, indem er als nächstberechtigter Agnat des Gesamtthauses Braunschweig-Lüneburg sich zur Thronfolge legitimiert hält, einem völkerrechtlichen Brauche folgend, dieses die Übernahme der Regierung anzeigende Manifest erlassen hat. Die Braunschweiger sehen den provisorischen Status als noch unverändert an und „harren der Entscheidung des Reiches“ darüber, ob der legitime Erbe, der Herzog von Cumberland, zur Thronfolge „zugelassen“ werden, oder ob irgend ein anderer lehnsfähiger Prinz mit der Krone begabt werden soll, oder ob endlich der Bundesstaat Braunschweig seine Selbständigkeit verlieren und die Fülle der in ihm latenten Souveränität im Reiche aufgehen soll.

Man räumt also „dem Reiche“ hinsichtlich der erledigten Herzogskrone ein Stellungsbesetzungsrecht ein, ähnlich als ob es sich darum handelte, einen vakanten Oberpräsidentenposten zu besetzen. Welches Organ des Reiches der Träger dieser oberlebensherrlichen Machtvollkommenheit sei, hat man sich noch nicht klar gemacht. Es schwebt in den Köpfen noch ein Dunkel darüber, ob zur Entscheidung über das Schicksal der braunschweigischen Herzogskrone das Kollegium der Bundesfürsten, vertreten durch den Bundesrat, als Träger der Reichssouveränität, oder die Reichsregierung, vertreten durch den Reichskanzler in Verbindung mit dem Kaiser, oder vielleicht gar der Kaiser selbst kompetent sei. Es ist nun ganz vernünftig, daß man darüber sich nicht weiter den Kopf

zerbricht. Denn die Reichsverfassung hält sich über die Frage, wer erledigte Bundesfürstenstellen zu vergeben habe, in Schweigen.

Bei dieser Situation dürfte es angezeigt erscheinen, einmal an der Hand des geltenden Reichs- und Bundesstaatsrechts eine juristische Untersuchung darüber anzustellen, welches die Kompetenzen des Reichs gegenüber der braunschweigischen Thronfolgefrage seien.

Die nächste Frage, deren Beantwortung für diese Untersuchung grundlegend sein muß, ist die:

„Ist ein legitimer Thronerbe vorhanden, oder fehlt es gänzlich an einem solchen?“

Nur wenn letztere Frage zu bejahen wäre, könnte, wie gleich näher zu zeigen, davon die Rede sein, daß der braunschweigische Thron erledigt sei und etwa an das Reich die Frage herantrete, welches das künftige Schicksal der Krone und des Landes sein solle.

Indessen ist wohl erstere Frage zu bejahen. Nach dem geltenden Staatsrecht, wie es durch das seit Jahrhunderten geltende Staats- und Lehnrecht ausgebildet ist, giebt es folgende Haupttitel, welche zur Thronfolge legitimieren: die agnatische Abstammung, die Erbverbrüderung, sowie kaiserliche Eventualbeleihungen und Lehnsexpectanzen. Aus dem ersten Titel fehlt es an einem erbberechtigten Prätendenten. Geringegen tritt nunmehr der zweite Titel zur Legitimität in Geltung. Denn wie bekannt, ist zwischen den alten sächsischen Häusern Braunschweig und Lüneburg im Jahre 1389 eine Erbverbrüderung geschlossen worden, welche vom Kaiser speziell und noch durch die Wahlkapitulation Leopolds I. von 1658 generell bestätigt ist. Aus dem Hause Lüneburg sind Agnaten vorhanden und der nächste ist der Herzog von Cumberland. Daß nicht etwa durch die Annexion Hannovers seitens Preußens die Rechte aus jener Erbverbrüderung an die Hohenzollernndynastie übergegangen seien, bedarf staatsrechtlich wohl keiner Widerlegung. Dies wäre eine Verkenennung der juristischen Natur der Erbverbrüderungen. Diese ähneln dem Institut der Adoption im bürgerlichen Familienrecht. Die Familie Lüneburg als Einheit wird, — so wurde vereinbart und vom Oberlehnsherrn, dem Kaiser, bestätigt, — wenn das Haus Braunschweig ausstirbt, ein Erbrecht haben. Das Lehen fällt nicht heim, so lange noch ein Agnat des Hauses Lüneburg am Leben ist. Würde man bei Annexionen die siegreiche Dynastie substituieren, so würde ja der Heimfall des Lehens nachträglich an ganz andere Voraussetzungen geknüpft. Die Voraussetzung der Thronfolge aus dem Titel der Erbverbrüderung ist demnach die agnatische Abstammung aus dem Hause Lüneburg.

Ebenso ist es irrelevant, daß das hannoversche Haus die Herrschaft verloren hat und deshalb, wie eingewendet ist, wenn es zuerst ausgestorben wäre, „den Vertrag nicht mehr erfüllen könnte“. Ein Haus, welches ausgestorben ist, erfüllt überhaupt keine Verträge mehr. Übrigens ist ja eben die andere Eventualität eingetreten. Das Haus Braunschweig ist zuerst ausgestorben. Das „Erfüllen des Vertrages“ — wem dieser unsinnige Ausdruck gefällt — ist Sache des Hauses Lüneburg geworden.



Es ergibt sich hiernach zunächst das wichtige Resultat, daß ein legitimer Thronerbe für das braunschweigische Herzogtum vorhanden ist, und zwar in der Person des Herzogs von Cumberland.

Hiermit ist die Basis für die Entscheidung der Hauptfrage, welches nun noch die Kompetenzen des Reichs gegenüber der braunschweigischen Thronfolgefrage seien, gewonnen.

Die Frage erledigt sich durch die einfache juristische Thatsache, daß nach dem geltenden Staatsrecht bei der Thronfolge der Grundsatz des altdeutschen Erbrechts maßgebend ist, daß die Erbschaft im Moment der Delation von dem legitimen Thronerben ipso jure erworben wird, und ein Erbschaftsantritt nicht erforderlich ist. Es ist mit dem Begriffe der Souveränität unvereinbar, daß die Staatsgewalt auch nur einen Moment ohne Subjekt ist. Der Anfall der Krone vollzieht sich selbst dann ipso jure, wenn der Thronfolger gar nicht weiß, daß der Monarch gestorben ist. „Der König stirbt nicht“, „Le roi est mort, vive le roi“, wie das Rechtsprüchwort sagt. Es ist üblich, daß der Thronfolger durch ein Manifest die Übernahme der Regierung anzeigt, indessen ist dieser Akt juristisch unerheblich.

So lehrt Laband und es ist überhaupt die allgemeine Lehre (Cf. z. B. von Rönne, Staatsrecht B. I § 43 Abs. 1). Laband geht sogar so weit, daß er der Verweigerung des Eides auf die Verfassung seitens des Monarchen keine Bedeutung für den Weiterbesitz seiner Souveränität beimißt, weil die Krone ipso jure angefallen ist, ehe der Eid geleistet wird. Es giebt dagegen keine Mittel, als welche sonst bei Verfassungsverletzungen seitens des Monarchen offen stehen, also Ablehnung von Gesetzen, Budgetverweigerung, Abdankung der Minister, von Reichs wegen exekutive Zwangsmittel. Eine Absetzung ist undenkbar. Dies auf den Fall des Herzogs von Cumberland angewandt, ergäbe, daß selbst, wenn er sich der Reichs- und Landesverfassung nicht fügte, seine Absetzung nicht stattfinden könnte, indessen unbeschadet der gedachten Repressivmittel.

Auf der Basis dieses staatsrechtlichen Satzes über den Ipsojure-Anfall der Krone gelangen wir in Anwendung desselben auf den braunschweigischen Fall zu dem unabweisbaren Resultate,

daß der Herzog von Cumberland als legitimer Thronfolger bereits in demselben Augenblicke Herzog von Braunschweig geworden ist, als der frühere Herzog starb.

Eine Erledigung des braunschweigischen Thrones ist gar nicht eingetreten. Die Souveränität im Bundesstaate Braunschweig ist seit dem Tode des Herzogs auf den Herzog von Cumberland unwiderruflich übergegangen. Derselbe hätte zwar ablehnen können. Da er dies nicht gethan, vielmehr durch sein Manifest jeden Zweifel über seinen Willen, die ihm angefallene Krone zu behalten, beseitigt hat, so steht das Reich der unabänderlichen Thatsache gegenüber, daß der Herzog von Cumberland Herzog von Braunschweig geworden ist.

Diese Thatsache mag manchen, welchen in dem Eifer, das Reich vor einem Reichsfeinde zu bewahren, die elementaren Begriffe des Staatsrechts abhanden gekommen sind, überraschend erscheinen, sie ist aber nicht aus der Welt zu schaffen.

Es handelt sich also nicht mehr darum, wer Herzog von Braunschweig werden soll, sondern ob der Herzog von Cumberland Herzog von Braunschweig bleiben soll.

Zunächst ist nun zu untersuchen, inwiefern das Regentschaftsgesetz das Sachverhältnis alteriert.

Da dieses Gesetz verfassungsmäßig zustande gekommen ist, so muß der Regentschaftsrat für legitimiert erachtet werden, ehe der neue Herzog den Willen, die Regierung zu übernehmen, erklärt hat, denselben in der Ausübung der Souveränität zu vertreten. Sobald jener aber die Regierung in Besitz genommen, wie durch das Manifest geschehen, ist der weiteren Thätigkeit des Regentschaftsrats jedes Substrat entzogen. Denn da, wie bereits gezeigt, die Souveränität im Momente des Todes des früheren Herzogs auf den legitimen Thronerben übergegangen ist, so handelt der Regentschaftsrat als Vertreter in der Souveränität. Die Legitimation zur Vertretung hört aber in demselben Augenblick auf, wo derjenige, welcher vertreten wird, sie dem Vertreter entzieht und selbst handeln zu wollen erklärt. Nun spricht aber das Regentschaftsgesetz von einer Behinderung des Thronerben, bis zu deren Beseitigung der Regentschaftsrat die Souveränität ausüben soll. Der einzige legale Fall von Behinderung des Regenten, welchen das Staatsrecht kennt, ist derjenige der Dispositionsunfähigkeit. Einen anderen Fall giebt es nicht. v. Rönne eod. ff. Namentlich läßt sich aus keiner Verfassung und aus keinem Gesetze nachweisen, daß der Umstand, daß ein Souverän ein Reichsfeind, oder einem Bundesstaate mißliebig sei, als zweiter legaler Grund zur Konstituierung einer Regentschaft wegen „Behinderung“ des Souveräns hinzutrete. Ein anderer derartiger Fall von Behinderung wäre, wenn der Thronerbe abgelehnt hätte, oder verschollen wäre. Das Regentschaftsgesetz kann also nur in dem Sinne interpretiert werden, daß, wenn der legitime Thronerbe nicht regieren will, resp. bevor er sich darüber erklärt hat, die Regentschaft eintreten solle. Soweit der Sinn des Gesetzes ein weitergehender war, ist es nichtig. Denn der frühere Souverän hatte weder persönlich, noch in Verbindung mit den Kammern die Macht, den Übergang der Souveränität nach seinem Ableben auf den legitimen Thronfolger auch nur einen Moment hinauszuschieben.

Die maßgebenden Herren in Braunschweig, worunter zwar gewiegte Juristen sind, scheinen sich das nicht recht klar gemacht zu haben. Seitdem der neue Herzog die Souveränität in Besitz genommen, müssen die Unterthanen ihm gehorchen, und Alle, welche seiner souveränen Gewalt widerstreben, sind der Legalität entbehrend.

Welches sind nun die Kompetenzen des Reichs gegenüber der braunschweigischen Thronfolgefrage in anbetracht des Umstandes, daß die Succession Cumberlands politisch gefahrdrohend erscheint?

1. Hat das Reich die Macht und das Recht, den Übergang oder Nichtübergang der Souveränität auf den Herzog von Cumberland zum Gegenstande seiner Beschlußfassung zu machen, denselben eventuell also „nicht zuzulassen“?

Was Gegenstand der Beschlußfassung des Bundesrats sein kann, ist im Art. 7 der Reichsverfassung erschöpfend angegeben. Darunter ist eine derartige Kompetenz nicht erwähnt.

Indessen wird fast allgemein angenommen, daß eine Thronfolge in Braunschweig nicht eher stattfinden könne, bis das Reich die Legitimation des Prätendenten geprüft und ihn „zugelassen“ habe. Man folgert dies aus dem Satze, welcher nicht einmal in der Reichsverfassung steht, hingegen wohl daraus abstrahiert wird, „daß der Bundesrat die Legitimation seiner Mitglieder zu prüfen habe.“ Der Bundesrat hat zu prüfen, ob die Papiere der Gesandten in Ordnung sind. Weiter sagt der Satz im allgemeinen nichts. Die äußerste Konsequenz, die man ziehen kann, ist die, daß der Bundesrat den Gesandten eines Usurpators für nicht legitimiert erklären könnte. Indessen es handelt sich um eine Beschlußfassung nicht über die Legitimität eines Gesandten, sondern über die Legitimität eines Thronfolgers und die eventuelle Aberkennung der als vorhanden anerkannten Legitimität.

Daß eine Beschlußfassung im letzteren Sinne außerhalb der Kompetenz des Bundesrates liegt, ist völlig klar. Eine solche Annahme würde direkt dem Satze widerstreben, daß die Krone ipso jure anfällt und würde zu ungeheuerlichen Konsequenzen führen. Denn wenn das Reich die Legitimation der Thronfolger in den Bundesstaaten erst zu prüfen hat, ehe die Souveränität übergeht, so hat das Reich in allen Fällen diese Prüfung anzustellen. Ob das legitime Erbrecht ein näheres oder entfernteres ist, kann juristisch keinen Unterschied machen. Hat nun aber vielleicht, wenn eine Erledigung der preussischen Krone eintritt, der Bundesrat die legitime Abstammung des Kronprinzen zu prüfen, und bleibt der Anfall der Krone bis zur Beendigung dieser Prüfung suspendiert? Hat das Reich diese Prüfung anzustellen, wenn in Bayern oder Württemberg entfernter verwandte Agnaten zur Thronfolge berufen sind? Bleibt dann der Übergang der Souveränität so lange aufgeschoben? Das wird Niemand behaupten wollen und es ist auch gewiß, daß, wenn der König von Hannover 1866 die Annexion anerkannt hätte, niemand auf den Gedanken gekommen wäre, daran zu zweifeln, daß der Herzog von Cumberland vom Augenblick des Verschwindens des Herzogs von Braunschweig an dessen Nachfolger geworden wäre.

Der Herzog von Cumberland tritt also, wenn er legitimer Thronerbe ist, in die Reihe der Bundesfürsten ohne weiteres ein. Sein Recht ist von dem Ausfall der Prüfung des Bundesrats nicht abhängig. Denn er wird als legitimer Erbe der Krone Herzog von Braunschweig weder von des Landes Gnaden, noch von des Reiches Gnaden, sondern von Gottes Gnaden, d. h. mit anderen Worten: er wird Herzog aus eigenem Recht.

Denjenigen, welche den Herzog mit Ansprüchen an „Kaiser und Reich“ verweisen, spukt wohl noch der mittelalterliche Feudalismus im Kopfe, wo die Territorialherrschaften nicht souverän, sondern nur Lehen waren und über allen als oberster Richter der allein souveräne Kaiser stand. Indessen selbst der souveräne Kaiser des Mittelalters hätte nicht vermocht, das Successionsrecht eines legitimen Thronerben in einer nicht souveränen Territorialherrschaft auszuschließen. Wie wäre dies in unserem neuen Reiche möglich, wo die Bundesfürsten souverän sind, Cumberland daher als Besitzer der ihm angefallenen Krone Braunschweig dem Könige von Preußen, wie den übrigen Souveränen koordiniert gegenüber steht, und **wo der Kaiser nicht Souverän des Reiches ist?** (cf. Laband Staatsrecht B. I § 24 pag. 210.)

2. Hat das Reich die Macht, dem Herzoge von Cumberland die ihm angefallene Souveränität über Braunschweig wegen des gegründeten Verdachtes der Reichsfeindschaft wieder zu entziehen, ihn abzusetzen?

Nein, da nach dem Staatsrecht die Souveränität unentziehbar ist (cf. v. Rönne, Staatsrecht B. I § 45 Abs. 2). Es mag ja recht traurig sein für das Reich, wenn ein Reichsfeind Bundesfürst wird, aber ein solches Schicksal abzuwenden ist es auf dem Boden des Staatsrechts und der Verfassung nicht im Stande. Man denke sich nur einmal, der legitime Thronerbe in einem anderen Bundesstaate habe reichsfeindliche Gesinnungen, ein Fall, der ja, da beispielsweise in Württemberg vielleicht einmal die katholische Linie zur Thronfolge berufen ist, und die Katholiken bekanntlich wie die Welfen Reichsfeinde sein sollen, nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt, könnte denn da das Reich beschließen: die Krone soll nicht anfallen?

Das Reich hat gegen die Reichsfeindlichkeit der Bundesfürsten eben keinen weiteren Schutz, als den des Art. 19 der Reichsverfassung, Exekution bei Nichterfüllung der Bundespflichten, und dieser genügt vollständig. Über die Thronfolge **von Gottes Gnaden** kann es nicht verfügen.

Die Rechte und Pflichten des Reichs gegenüber der braunschweigischen Thronfolgefrage sind demnach sehr einfach festzustellen und die monströsen Ideen, als ob das Reich einen legitimen Thronerben ausschließen, einen anderen ernennen oder das Land sich oder Preußen einverleiben könnte, fallen nach den vorstehenden Erörterungen in sich zusammen.

Für die Entscheidung der Frage giebt es lediglich zwei Quellen:

1. den Artikel 1 der Reichsverfassung, aus welchem folgt, daß die verbündeten Fürsten und freien Städte sich gegenseitig ihren Besitz garantieren.

So wie es also verfassungsmäßige Pflicht des Herzogs von Cumberland als Landesfürsten sein würde, auch dem Könige von Preußen und seinen sämtlichen legitimen Nachfolgern ihren Besitzstand, so weit solcher auf staatsrechtlich feststehender Grundlage beruht, zu garantieren,

eben so hat auch der König von Preußen dem Herzoge von Braunschweig und seinen sämmtlichen legitimen Nachfolgern gegenüber dieselbe Pflicht, ja es wäre sogar auch die Pflicht des gesammten Bundesraths, gegen denjenigen Bundesstaat, welcher der Thronbesteigung des legitimen Thronerben in Braunschweig Hindernisse in den Weg legen sollte, die Exekution zu beschließen.

2. Der Artikel 19 der Reichsverfassung, welcher bestimmt, daß dasjenige Bundesglied, welches seine Bundespflichten nicht erfüllt, im Wege der Exekution dazu angehalten werden kann. Wenn also der Herzog von Cumberland als Herzog von Braunschweig seine Pflicht nicht thut und Machinationen gegen das Reich betreibt, hat man ausreichende Mittel, sich vor jeder Gefahr zu schützen.

Hiermit sind aber die Kompetenzen des Reiches erschöpft. Ein Prüfungsrecht in Betreff der Legitimation zur Thronfolge in dem Sinne, daß dadurch der Anfall der Krone vorläufig suspendirt bleibt, hat, wie gezeigt, das Reich nicht. Natürlich kann das Reich verhindern, daß ein Usurpator den Thron besteigt. Das Reich hätte also wohl zu prüfen, ob der Herzog von Cumberland, welcher in Ermangelung anderer erhobener besserer Legitimitätsansprüche der einzige Prätendent ist, in der That legitime Erbrechte hat, d. h. ob wirklich die genannte Erbverbrüderung geschlossen ist, und ob er ein Agnat des Hauses Lüneburg ist, ohne daß hingegen eine solche Prüfung den Anfall der Krone in Schweben halten könnte. Da hingegen die Thatfachen, auf welchen die Legitimität des Herzogs von Cumberland basiert, notorisch sind, und keiner Prüfung bedürfen, so kann sich die dem Reiche zustehende Prüfung nur darauf erstrecken, ob derjenige, welcher den braunschweigischen Thron in Besitz nimmt, auch wirklich der Herzog von Cumberland ist.

Anders läge die Sache, wenn der Herzog von Cumberland keine legitimen Rechte hätte. Das Vorhandensein der letzteren aber vorausgesetzt, kann darüber gar kein Zweifel obwalten, daß, mögen dem Reich noch so viele Gefahren aus seiner Thronbesteigung drohen, die Souveränität in Braunschweig seit dem Tode des Herzogs auf ihn übergegangen ist und stets an seiner Person haften wird.

Diese Thatfache hat ernste Konsequenzen für die Beurteilung der die Thronbesteigung behindernden Schritte der Landes- und Reichsbehörden. Natürlich können dieselben nur praktisch werden, wenn der neue Herzog sich behauptet.

So liegt die Rechtsfrage.

Etwas anderes ist es um die Gewaltfrage. Indessen möge man es sich mehr als einmal bedenken, ehe man, um einer eingebildeten Gefahr, die aus der feindlichen Stimmung eines Duobesfürsten dem Reiche, das eine solche Armee hat, drohen soll, vorzubeugen, die Grundlagen der legitimen Thronfolge und diejenigen der Reichsverfassung in Frage stellt. Schon der Ton sonst so loyaler Zeitungen, welche kürzlich ausriefen:

„wir verbitten uns einen solchen Bundesfürsten“, „die Nation hat das Recht der Selbstbestimmung, wer sie regieren soll“, beweist, wie sehr der Respect vor der Thronfolge „von Gottes Gnaden“ schon gesunken ist. Auch so verzweifelte juristische Deductionen, wie sie in einer der letzten officiösen Auslassung enthalten sind, daß nämlich der zwischen Preußen und dem Herzog von Cumberland noch bestehende Kriegszustand den Anfall der Krone verhindere, — was lebhaft an die Behauptungen erinnert, daß Preußen sich noch mit Vichstenstein im Kriege befinde, oder daß der alte deutsche Bund noch bestehe, weil er formell nicht aufgelöst sei, — vermögen darüber nicht zu täuschen, daß mit dem Herzog von Cumberland auch das Princip der Legitimität geopfert wird.

Man darf auf die Entscheidung gespannt sein. Sollte wirklich von Reichswegen aus Gründen der Politik das Princip der Legitimität officiell durchbrochen werden, so würde die Idee des Königthums von Gottes Gnaden bald zu den veralteten gehören und das 19. Jahrhundert wäre um ein epochemachendes Ereigniß reicher.

---

